

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 31. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Februar 2007, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

i. V. von Hans Müller

Jürgen Weber (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht des Wissenschaftsministeriums über den Stand der aktuellen Überlegungen, die Seefahrtsausbildung an der Fachhochschule Flensburg zu erweitern	5
2.	Verwendung der Kompensationszahlungen des BMBF nach Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe „Bildungsplanung“ hierzu: Umdruck 16/1469	6
3.	Bericht für 2005 nach § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“ Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1110	8
4.	Zur umfassenden und nachhaltigen Entwicklung des Sports in Schleswig-Holstein Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1010	10
5.	Einführung des Faches Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/852 hierzu: Umdruck 16/1683	12
6.	Bericht zum Abschluss des Projekts „Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)“ Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1074	13

- 7. a) Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln 14**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1079
- b) Kindertagesstätten sollen auch familienunterstützende Maßnahmen anbieten**
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1107
- hierzu: Umdruck 16/1609
- 8. Kooperation von Jugendhilfe und Schule 15**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1072
- 9. Verschiedenes 16**

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Wissenschaftsministeriums über den Stand der aktuellen Überlegungen, die Seefahrtsausbildung an der Fachhochschule Flensburg zu erweitern

Vorlage des Wissenschaftsministeriums
Umdruck 16/1763

Auf Antrag des SSW berichtet St de Jager über den aktuellen Sachstand, Umdruck 16/1763.

Abg. Birk begrüßt, dass die Seefahrtsausbildung gestärkt werde, erwartet, dass sich die Erweiterung nicht zulasten anderer Studiengänge auswirke, und vermisst von der Landesregierung vor dem Hintergrund des Hochschulpaktes genauere Zahlen zur Entwicklung der Hochschulkapazitäten in den nächsten Jahren.

St de Jager betont, dass die Neuausrichtung des Studiengangs an der Fachhochschule Flensburg nur mit zwei Stiftungsprofessuren und in Kooperation mit Hamburg möglich sei.

Abg. Rodust erkundigt sich angesichts von Nachwuchssorgen der Lotsenbrüderschaften nach dem Stand der Überlegungen zur Änderung der Lotsenausbildung.

St de Jager macht darauf aufmerksam, dass die Probleme bei der Nachwuchsrekrutierung der Lotsen verschiedene Ursachen hätten und die Lotsenbrüderschaften und -verbände in die Konzeption in Flensburg eingebunden worden seien.

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Wissenschaftsministeriums zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verwendung der Kompensationszahlungen des BMBF nach Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe „Bildungsplanung“

hierzu: Vorlage des Bildungsministeriums
Umdruck 16/1469

St Dr. Meyer-Hesemann berichtet in Anlehnung an Umdruck 16/1469, von den dem Land zufließenden jährlichen Kompensationszahlungen des BMBF in Höhe von 2,35 Millionen € entfielen jeweils 1,175 Millionen € auf das Bildungs- und das Wissenschaftsressort. Während diese Mittel im Jahr 2007 praktisch vollkommen zur Ausfinanzierung laufender Projekte gebunden seien, seien sie ab dem Jahr 2008 weitgehend frei verfügbar. Im Schulbereich sollten die Mittel im Sinne der bisherigen Aufgaben der Gemeinschaftsaufgabe auch für gemeinsame Vorhaben der KMK verwendet werden, zum Beispiel für ein Projekt der Lehrerfortbildung „Umgang mit Heterogenität“, die Unterstützung des für die Bildungsstandards verantwortlichen Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich, die Förderung der Entwicklung von Schul- und Unterrichtsprojekten im Kontext der Veränderungen des Schulgesetzes und die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund.

St de Jager ergänzt, das Wissenschaftsministerium werde im Laufe des Jahres mit den Hochschulen ein Förderprogramm erarbeiten. Mögliche Förderbereiche seien E-Learning, Hochschullehre und Qualitätsmanagement.

Abg. Dr. Klug fragt nach einer Fortsetzung des SINUS-Transfer-Programms und möchte vom Bildungsministerium wissen, ob die Erfolge des Programms zur Effizienzsteigerung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts zur Entwicklung ähnlicher Programme in anderen Fachgebieten führten.

Abg. Weber spricht sich dafür aus, die Fördermittel gezielt auf wenige Projekte zu konzentrieren und im Hochschulbereich auf die Förderung der Qualität der Lehre zu fokussieren.

Abg. Birk erwartet, dass das Parlament als Haushaltsgesetzgeber über die Verteilung der Mittel nicht nur informiert werde, sondern entscheide. Gemeinsam mit Abg. Spoorendonk setzt sie sich dafür ein, die Frauenförderung im Hochschulbereich weiterzuführen.

St Dr. Meyer-Hesemann äußert, die Erfahrungen des SINUS-Programms sollten selbstverständlich weiter genutzt und auch in anderen Fächern übernommen werden (zum Beispiel im Bereich Lesen).

RL Klein teilt ergänzend mit, auch nach Auslaufen des SINUS-Projekts verfolge man das Ziel, unter Beibehaltung der bisherigen Netzwerkstrukturen alle Schulen in der Sekundarstufe I mit der Konzeption von SINUS vertraut zu machen und außerdem die Hochschulen für die Vermittlung eines modernen mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts zu gewinnen.

Der Bildungsausschuss unterstützt dieses Anliegen und erwartet von den Hochschulen eine größere Bereitschaft, insbesondere beim Mathematikstudium von zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern deren späteren Einsatzfeld Schule Rechnung zu tragen.

St Dr. Meyer-Hesemann sagt zu, bei der anstehenden Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master darauf zu achten, dass die Anforderungen des Berufs und Einsatzfeldes Schule angemessen berücksichtigt würden.

Auf Antrag von Abg. Dr. Klug kommt der Ausschuss überein, sich in einer der nächsten Sitzungen mit dem Thema Stand der Bachelor-Master-Ausbildung im Bereich der Lehramtsstudiengänge näher zu befassen. - Der Ausschuss nimmt den Bericht von Bildungs- und Wissenschaftsministerium zur Kenntnis und erwartet, von der Landesregierung über die geplante Verwendung der Kompensationsmittel zeitnah und fortlaufend unterrichtet zu werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht für 2005 nach § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung der
„Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1110

(überwiesen am 15. Dezember 2006 zur abschließenden Beratung)

Abg. Dr. Klug bittet darum, dem Bildungsausschuss die Ziel- und Leistungsvereinbarung mit der Stiftung und die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur Zukunft des Volkskundemuseums Hesterberg zuzuleiten.

Abg. Spoorendonk wiederholt ihr Petikum, als Fachausschuss eine Debatte über die Weiterentwicklung der Museumspolitik des Landes zu führen.

Abg. Wengler wird von den übrigen Mitgliedern des Bildungsausschuss in seiner Forderung unterstützt, dem Landtag den Jahresbericht der Stiftung möglichst zeitnah, spätestens bis zur Mitte des Folgejahres, zuzuleiten.

Abg. Dr. Klug würdigt die Entwicklung der Stiftung und ihres Leitungsteams.

Abg. Weber problematisiert die Zukunft des Volkskundemuseums Hesterberg und fragt nach der Positionierung von Schloss Gottorf im bundesweiten Vergleich.

Abg. Spoorendonk regt an, die Besucherzahlen des Museums durch zielgruppenorientierte Ausstellungen und Programme, zum Beispiel für Kinder und Familien, weiter zu steigern. Hinsichtlich der Situation des Volkskundemuseums macht sie darauf aufmerksam, dass es Volkskundemuseen in Deutschland derzeit schwer hätten.

RL Dr. Opitz weist darauf hin, dass die Quartalsberichte der Stiftung abrufbar seien. Die Umsetzung des Entwicklungskonzepts verlaufe planungsgemäß. Die Besucherzahlen von Gottorf könnten sich im Bundesvergleich sehen lassen. Die getroffene Personalentscheidung beim Volkskundemuseum habe sich ebenso bewährt wie die Kinder- und Jugendkulturinitiativen und die besonderen Ferienprogramme auf Gottorf.

Die Vorsitzende lobt, dass sich die Öffentlichkeitsarbeit und Vermarktung von Gottorf erheblich verbessert hätten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht Drucksache 16/1110 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Zur umfassenden und nachhaltigen Entwicklung des Sports in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1010

(überwiesen am 1. Dezember 2006 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und
den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Birk problematisiert den Unterrichtsausfall beim Schulsport und die Einführung von Sporthallennutzungsentgelten für Sportvereine durch die Kommunen.

RL Spennemann-Gräbert erwidert, das Sportreferat setze sich dafür ein, Hallenentgelte mit Blick auf die Situation der kommunalen Haushalte nur im Notfall und einigermaßen maßvoll inklusive sozialer Komponenten zu erheben.

St Dr. Meyer-Hesemann räumt ein, dass es schwierig sei, an allen Schulen im Lande die dritte Wochenstunde Sport zu realisieren. Neben dem Unterrichtsfach Sport gebe es allerdings eine Vielzahl von Sportangeboten an den Schulen, allein 1.500 schulübergreifende Sportangebote auf Kreis- oder Landesebene. Der Stellenwert des Sports werde beim Ausbau der Offenen Ganztagschule weiter zunehmen.

Abg. Spoorendonk wünscht sich eine Erweiterung des Projekts „bewegte Schule“.

Abg. Rodust problematisiert die Zukunft von Sporthallen bei der Schließung von Schulen.

Die Vorsitzende bittet das Innenministerium, dem Bildungsausschuss die auf Seite 15 der Antwort auf die Große Anfrage genannten Sportstättenstatistik zuzuleiten.

RL Spennemann-Gräbert teilt mit, beabsichtigt sei, in einem Teilbereich eine landesweite Sportstättenentwicklungsplanung auf den Weg zu bringen. Über die Sportförderung sollten die Kommunen Anreize zur Erstellung einer kommunalen Sportstättenentwicklungsplanung erhalten.

Der Bildungsausschuss nimmt die Antwort auf die Große Anfrage, Drucksache 16/1010, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Einführung des Faches Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/852

(überwiesen am 29. Juni 2006)

hierzu: Umdruck 16/1683

Der Bildungsausschuss kommt überein, zu den vom Bildungsministerium in Umdruck 16/1683 dargelegten Umsetzungsbedingungen für die Einführung von Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I der Gymnasien und von den Fraktionen noch zu erarbeitenden Fragen Stellungnahmen einzuholen.

Abg. Dr. Klug bittet das Bildungsministerium, dem Ausschuss das Konzept der Kontingentstundentafel zuzuleiten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht zum Abschluss des Projekts „Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ)“

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1074

(überwiesen am 1. Dezember 2006 zur abschließenden Beratung)

Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert St Dr. Meyer-Hesemann, die Überlegungen zur Leitungsstruktur und zur Zahl der Funktionsstellen, für die die Schulgröße entscheidendes Kriterium sei, sollten innerhalb des nächsten halben Jahres zu einem Ergebnis geführt werden. Über den Einsatz von Verwaltungskräften an RBZs entscheide in erster Linie der Anstaltsträger. Hinsichtlich der Qualitätssicherung verfolge man das Ziel, EVIT-BS mit den an verschiedenen berufsbildenden Schulen bereits etablierten Qualitätsmanagementverfahren kompatibel zu machen. Auf der Grundlage outputorientierter Kennzahlen solle evaluiert werden, inwieweit öffentliche Mittel zielgerecht und effizient eingesetzt würden, Unterrichtsqualität erreicht und der staatliche Bildungsauftrag erfüllt werde. Die Maßnahmen der Personalentwicklung und Fortbildung würden fortgeführt.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1074 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

a) Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1079

b) Kindertagesstätten sollen auch familienunterstützende Maßnahmen anbieten

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1107

(überwiesen am 30. November 2006 an den Sozialausschuss und den
Bildungsausschuss)

hierzu: Umdruck 16/1609

Der Bildungsausschuss vereinbart, sich an der vom federführenden Sozialausschuss geplanten Anhörung am Donnerstag, 15. März 2007, 13:00 Uhr, zu beteiligen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Kooperation von Jugendhilfe und Schule

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1072

(überwiesen am 25. Januar 2007 an den **Sozialausschuss** und den
Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Birk äußert die Sorge, dass Schulkindern in benachteiligten Gebieten die Teilnahme an attraktiven Ganztagsangeboten mangels Angebot oder mangels Geld versagt bleibe.

St Dr. Meyer-Hesemann macht darauf aufmerksam, dass Ganztagsangebote in der Regel kostenfrei sein sollten. Wenn Träger für einzelne Maßnahmen Elternbeiträge erheben, dürften diese nicht zum Ausschluss benachteiligter Kinder führen.

Abg. Dr. Klug erkundigt sich unter Hinweis auf die Bildungsausschusssitzung am 8. Juni 2006 nach dem Stand der Ausweitung des Projektes AGGAS zur Gewaltprävention an Schulen.

St Dr. Meyer-Hesemann sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Die Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Sozialministerium im Bereich Kinder- und Jugendhilfe und Schule sei ausgezeichnet.

Herr Egge weist darauf hin, dass Jugendämter finanzschwachen Familien in Einzelfällen Unterstützung gewährten, damit das Kind am Mittagessen und Ganztagsangebot in der Schule teilnehmen könne.

Der Bildungsausschuss nimmt den Bericht Drucksache 16/1072 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Dr. Klug bittet das Wissenschaftsministerium, in einer der nächsten Sitzungen über den **Baltic Sea International Campus in Eckernförde** zu berichten (vgl. 26. Sitzung am 9. November 2006).

- b) Der Bildungsausschuss folgt dem Antrag der Abgeordneten Birk und Dr. Klug, das Wissenschaftsministerium um einen Sachstandsbericht zur **Zukunft des UK S-H** und Maßnahmen zur Verringerung des Defizits zu bitten.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer